Die Oberbürgermeisterin



Protokollauszug Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 27.04.2023

Zu Ö 7 Bericht Workshop Jugendpartizipation geändert beschlossen FB 01/0361/WP18

Herr Brötz verweist alle Anwesenden auf das ausgestellte Plakat/ das Graphic-Recording, welches einen Workshop aus Herbst des letzten Jahres zur Jugendpartizipation dokumentiert. (s. auch Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem). Es gäbe schon länger sowohl seitens des FB 45 als auch seitens des FB 01 – Bürger*innendialog als auch seitens der Politik - zuletzt entsprechend Ratsantrag der SPD - ein Interesse daran für die Jugendpartizipation geeignete Formate zu finden. Sie sollten zukunftsorientiert und adressatengerecht gestaltet werden und möglichst alle Lebenswelten von jungen Menschen berücksichtigen. Dazu habe ein großer Workshop mit Vertretungen verschiedener Kommunen stattgefunden, um sich zu den dortigen Ideen, Konzepten und Erfahrungen auszutauschen. Diese zeigten, dass es "keinen Königsweg" gebe. Was alle Kommunen vereine, sei die Suche nach Formaten außerhalb von Schule und wie junge Menschen sonst eingebunden werden könnten. Ebenso wichtig sei die Frage, welche Themen für junge Menschen relevant seien (z.B. Klimaschutz, Wohnsituationen, Mobilität, Clubszene, etc.). Im Ergebnis schlägt der FB 45 vor, gemeinsam mit FB 01 und Vertreter*innen der Politik einen Jugendratschlag zu organisieren, wo junge Menschen aus verschiedenen Lebenswelten zusammengebracht werden sollen um zunächst in Erfahrung zu bringen, welche Themen besonders wichtig seien und ob und in welcher Form sie eingebunden werden wollen.

Frau Griepentrog berichtet, dass bei der gestrigen Veranstaltung im Rahmen 'active for future' Schulen und Schülervertretungen beteiligt gewesen seien. Die Bezirksschülervertretung sei im ASW vertreten und habe auch selbst den Wunsch gehabt ebenfalls im Umweltausschuss vertreten zu sein. Dies sei in zentrales Thema für die Jugend. In der Praxis sei die Bezirksschülervertretungen nicht oft anwesend gewesen. Das hänge u.a. damit zusammen, dass die gewählten Schülervertretungen oft wechseln und über 18 sein müssten.

Herr Becker stimmt Frau Griepentrog zu, die Begeisterung bei Jugendlichen zu Mitwirkung sei bei der gestrigen Veranstaltung offenkundig gewesen. Er lobt und befürworte die Vorlage der Verwaltung sehr. Es sei wichtig nicht ein neues Gremium aufzubauen, sondern die Partizipation in ein vorhandenes System einzubinden. Wichtig zu beachten sei dabei die Umsetzungs- und Wirkungsorientierung. Die angestoßenen Prozesse dürften nicht zu lange dauern, weil dies sonst zu Frustration führe. Wichtig sei es auch verschiedene Milieus anzusprechen. Er halte ein kürzlich stattgefundenes Projekt im Driescher Hof

für gelungen. Hier sollten die Kinder abfotografieren was ihnen in ihrem Wohnviertel gut gefalle und was ihnen nicht gut gefalle.

Herr Auler stimmt Herrn Becker zu. Er ergänzt, dass ein kurzer Umsetzungszeitraum der Knackpunkt sei. Die kommunalen Gremien seien sehr rechtlichen orientiert und daher nicht damit kompatibel. Er gibt zu bedenken, dass die Jugendlichen der Politik möglicherweise "Hausaufgaben" aufgeben, die aus finanzieller und/oder rechtlicher Sicht nicht (zeitnah) umzusetzen seien. Hier sei zu überlegen, den Erwartungsrahmen ehrlich zu kommunizieren. Vielleicht müsse klargestellt werden, dass die Anliegen/ Probleme zwar anerkannt werden, aber nicht in der Zeit in der die Betroffenen noch Kinder und Jugendliche sind, erfüllt werden könnten.

Frau Heider verweis auf das Bildungsbüro, welches Projekte zur Jugendpartizipation umsetze und fragt, ob das Bildungsbüro eingeladen werden könnte um den Ausschuss darüber zu informieren.

Herr Kaldenbach antwortet, dass das Bildungsbüro hauptsächlich mit den Schülervertretungen arbeite. Seitens der Stadt werde aber versucht gezielt nicht nur solche Kinder und Jugendliche einzubinden, die über Schülervertretungen organisiert sind, sondern möglichst alle Lebenswelten.

Herr Schneider ergänzt, dass die Partizipation junger Menschen auch in der Kirche eine große Rolle spiele. Die Erfahrung zeige, dass es schwierig sei junge Menschen für eine kontinuierliche Gremienarbeit zu gewinnen da sie sich aufgrund ihrer Lebensphase häufig in Lebensumbrüchen befänden (z.B. Umzug aufgrund von Studium/ Arbeit).

Herr Brötz bedankt sich für die Anmerkungen. Er ergänzt, dass seitens der Verwaltung auch der Kontakt zur Kirche und deren Erfahrungen herangezogen worden seien.

Er bestätigt Herrn Auler. Es bestehe ein Spannungsfeld zwischen dem kommunalrechtlichen Rahmen auf der einen Seite, und dem notwendigen "Loslassen Können" auf der anderen Seite.

Bzgl. der Einladung des Bildungsbüros bestätigt er Herrn Kaldenbach, dennoch könne das Bildungsbüro für einen Erfahrungsaustausch eingeladen werden.

Beschluss (geändert):

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt den Bericht der Verwaltung **zustimmend** zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig Ablehnung: Enthaltung:

Anlage 1 221026 Aachen Jugendpartizipation S

